

Geplante Entbudgetierung der Hausärzte ist wichtiger Schritt

Bad Segeberg, 21.01.2025 – Die lange versprochene Entbudgetierung für Hausärzte soll doch noch vor der Bundestagswahl kommen. Darüber gibt es zwischen FDP, Grünen und SPD eine grundsätzliche Einigung. Schon Ende Januar könnte ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden.

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) begrüßt diese Entscheidung: „Um die ambulante Patientenversorgung zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen, ist es unerlässlich, dass ärztliche Leistungen auch vollständig vergütet werden. Insofern ist die geplante Entbudgetierung der Hausärzte ein längst überfälliger Schritt. Für angehende Hausärztinnen und Hausärzte ist sie zudem ein wichtiges Signal“, betont Dr. Bettina Schultz, Vorstandsvorsitzende der KVSH. „Ohne diesen Schritt würden in den kommenden Jahren wegen der angespannten Finanzsituation immer mehr Praxen schließen müssen“, ergänzt Karsten Brandstetter, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und zuständig für das Finanzressort. Jetzt komme es auf die Details und eine genaue Ausgestaltung des Gesetzes an. Die Entwürfe der Regierung aus dem vergangenen Jahr wiesen noch erhebliche handwerkliche Mängel auf. „Es darf keine Honorarumverteilung geben“, fordert der KVSH-Vorstand. In einem nächsten Schritt müsse sich eine neue Bundesregierung umgehend um die Entbudgetierung der Fachärzte kümmern, damit auch deren Leistungen vollständig vergütet werden.

Die Initiative für die Entbudgetierung der Hausärzte soll die parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion, Christine Aschenberg-Dugnus, ergriffen haben. "Wir danken Christine Aschenberg-Dugnus für ihre Hartnäckigkeit und ihren politischen Pragmatismus“, so der KVSH-Vorstand. Darüber hinaus gilt unser Dank all denen, die diese letzte Chance zur Entbudgetierung der Hausärzte gemeinsam auf den letzten Metern des Parlaments noch ergriffen haben.“